

Raum für Selbstorganisation in der Jugendarbeit

Stephanie Pigorsch

Ein bedrohtes jugendkulturelles Zentrum meldet eine Demo gegen Verdrängung und für mehr Freiräume in der Stadt an. Über 1000 junge Leute nehmen daran teil. Sprayer:innen veröffentlichen eine Karte der öffentlich nutzbaren Graffitiflächen, die in den letzten Jahren weggefallen sind. Eine Clique organisiert mithilfe des Jugendrings ihrer Stadt ein Festival gegen Rechts auf der öffentlichen Skatefläche. Eine BiPoC-Mädchen-Gruppe spricht öffentlich über ihre Diskriminierungserfahrungen und lädt zum Selbstverteidigungstraining ein. Jugendliche fordern im Jugendhilfeausschuss Flächen fürs Skaten, die ihnen genommen wurden.*

1 Partizipation in der Jugendarbeit | Im Feld der Jugendarbeit herrscht seit Langem Einigkeit darüber, dass Partizipation eine große Bedeutung hat. Auch aus den aktuellen Diskursen zur Jugendarbeit sind Begriffe wie Partizipation, Beteiligung, Mitwirkung oder Mitbestimmung nicht mehr wegzudenken. Dies zeigt sich unter anderem im Programm des kürzlich zu Ende gegangenen 3. Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit¹. Über die Relevanz von Partizipation, wenn dieser Begriff für einen Moment dieses vielfältige und ambivalente Praxis- und Bedeutungsspektrum umfassen darf, müssen Jugendarbeit und Soziale Arbeit sich nicht erst einig werden.

Der Partizipationsbegriff aber birgt Ambivalenzen und „Unschärfen“ (Betz et al. 2010, S. 1). Seine verschiedenen Bedeutungsebenen und multiplen Zielrichtungen bewirken eine Begriffsdiffusion, die es schwer macht, sich über Partizipation zu verständigen. Nur ein Beispiel: Was die Jugendhilfeplanerin unter Partizipation versteht, muss nicht zwangsläufig zu dem passen, was die Jugendinitiative gegenüber der Kommunalpolitik selbstbewusst einfordert. Und ebenso gibt es in der Theorie hinsichtlich der Systematisierung von Partizipation und Jugend(arbeit) „noch einiges zu tun“ (Stange 2010, S. 24). So verhält es sich auch mit dem Thema Selbstorganisation. In der Praxis, zum Beispiel in Jugendverbänden,

selbstverwalteten Jugendräumen oder im Kontext der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen, steht außer Frage, dass Selbstorganisation junger Menschen und Partizipation zusammengehören (siehe etwa den Beitrag von Weigel in diesem Heft). Formen der Partizipation junger Menschen, zum Beispiel eigeninitiative, punktuelle, protestförmige und/oder informelle Engagementformen (Gille o.J.) können sich in Jugendverbänden und Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) vollziehen, müssen es aber nicht.

Im Kontext des Partizipationsdiskurses der Jugendarbeit nimmt Selbstorganisation jedoch nur eine randständige Rolle ein. Historisch gesehen wurde der in Zeiten der Jugendzentrumsbewegung umkämpfte Begriff der Selbstorganisation vom Partizipationsbegriff verdrängt (siehe den Beitrag von Daniel Katzenmaier und Norman Böttcher in diesem Heft). Heute wird der Selbstorganisation von Jugendlichen im Kontext von Protest, sozialen Bewegungen oder Jugendkulturen der Stellenwert als Raum politischer Bildung zugewiesen (BMFSFJ 2020), und politische Bildung wie auch politische Beteiligung werden als einander bedingend zueinander ins Verhältnis gesetzt. Im aktuellen 16. Kinder- und Jugendbericht wird die verstärkte Förderung von Selbstorganisation von Jugendlichen in Jugendinitiativen, -gruppen und -verbänden gefordert (ebd., S. 74). Im Ansinnen, das Verhältnis beider Schlüsselbegriffe zueinander etwas näher zu erkunden, dient dieses Editorial nicht nur dazu, in die Beiträge des Doppelheftes einzuführen, sondern dies gleichsam zu verbinden mit der Suche nach der Selbstorganisation in Partizipationsdiskurs und -praxis sowie der Frage, was jugendliche Selbstorganisation heute limitiert oder gar bedroht.

2 Selbstorganisation als Partizipation | Zunächst soll die Frage näher beleuchtet werden, ob der Begriff Partizipation auch Selbstorganisation umfasst. Da hier im Fokus Selbstorganisation steht, der ein gesellschaftskritischer Impuls inhärent sein kann, liegt die Suche nach Erklärungen im Kontext sozialer Bewegungen nahe. Entscheidende Erkenntnisse zu den unterschiedlichen Formen und Richtungen (politischer) Partizipation liefert die vergleichende Politikwissenschaft. Unter Partizipation werden dort Tätigkeiten verstanden, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflus-

¹ Dort findet sich der Themenschwerpunkt „Bildung, Demokratie und Beteiligung“ an zweiter Stelle (<https://bundeskongress-kja.de/programm/>, zuletzt abgerufen am 29.8.2021).

Horizont

Das Ende der Corona-Pandemie kommt in Sicht. Zumindest in Deutschland, Europa und anderen wohlhabenden Regionen der Welt schreitet die Aufhebung der drastischen Beschränkungen unseres Lebens in Gesellschaft und Wirtschaft voran. Zugleich können wir zunehmend klarer erkennen, welche Forderungen und Entscheidungen der politisch Verantwortlichen – ja, welche Meinungen im oft hitzigen gesellschaftlichen Diskurs aus jetziger Perspektive richtig oder falsch waren.

70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der Europäischen Union sind Anfang September 2021 einem Bericht der *Tagesschau* zufolge voll immunisiert – in Afrika sind es aber nur drei Prozent. Der Epidemiologe und Virologe Klaus Stöhr, langjähriger Leiter des Influenzaprogramms und SARS-Forschungs-koordinator der Weltgesundheitsorganisation, kritisierte diese Ungleichheit jetzt in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk*. Zwar sei die COVAX-Initiative, die sich um die Ausstattung ärmerer Länder mit Impfstoff bemüht, von den reicheren Ländern großzügig mit Geld ausgestattet worden, zugleich aber habe man ihnen die Impfstoffe weggekauft. Im Januar 2021 hätten die entwickelten Länder bereits 80 Prozent der Impfstoffproduktion für das laufende Jahr aufgekauft. COVAX habe erst 300 Mio. Impfdosen für alle unterentwickelten Länder weltweit erhalten.

Immerhin ist es ein weltweit einzigartiger Erfolg, dass sich die heute 27 Mitgliedsländer der EU 2020 auf die gemeinsame, solidarische Beschaffung der Impfstoffe verständigt haben. Die überaus heftige Schelte, die die EU sowie die nationalen Politiker:innen einstecken mussten, die diese solidarische Haltung vertreten haben, fällt nun auf die Kritiker:innen zurück, darunter in Deutschland der bayerische Ministerpräsident. Markus Söder wurde im vergangenen Winter nicht müde zu lamentieren, die EU habe zu wenig und zu spät bestellt und sei zu geizig gewesen. Gut, dass der Horizont bei den Entscheidungsträger:innen in Berlin und Brüssel in diesem Fall nicht so eng war. Noch besser wäre es natürlich gewesen, die Weltgesundheitsorganisation mit der koordinierten Beschaffung und weltweiten Verteilung der Impfstoffe zu beauftragen.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

sen“ (Kaase 1996, S. 521). Ihr werden gemeinhin drei Zwecke zugeordnet: Beeinflussung, Mitsprache sowie Meinungs- und Willensbildung, welche über ganz verschiedene Formen der Partizipation umgesetzt werden können (van Deth 2009, S. 145). Es wird hinsichtlich ihrer Formen unterschieden: So umfasst Partizipation etwa formelle Formen wie Wahlen als auch informelle, nicht-institutionalisierte, wie Protest, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Engagement in neuen sozialen Bewegungen (ebd., S. 145 f., van Deth 2003, Barnes; Kaase 1979).

In der Sozialen Arbeit beziehungsweise der Jugendarbeit gibt es prominente Abstufungen – Stufenleitern (vgl. u.a. Hart 1992) oder Pyramiden (Straßburger; Rieger 2019) der Partizipation – um die Intensitäten und Qualitäten von Partizipation abzubilden und zu systematisieren. Dies ist insbesondere in der kritischen Abgrenzung gegenüber Formen der Nicht-Beteiligung, etwa der Alibi-Beteiligung, wichtig und sinnvoll. Dabei wird Selbstorganisation (oder auch Selbstbestimmung/ Selbstverwaltung) häufig eine Position *über Partizipation hinausgehend* zugewiesen (exemplarisch Schröder 1995 für den Bereich von Kinder- und Jugendbeteiligung). Die Stufenleiter markiert durch diese Abgrenzung sowohl die Nicht-Zugehörigkeit von Selbstorganisation zur Partizipation, gleichsam manifestiert sie jedoch auch deren Zugehörigkeit zum Partizipationsdiskurs. Selbstorganisation wird in dieser Lesart als „zivilgesellschaftliche Eigenaktivität“ (Straßburger; Rieger 2019) betont, die nichts mit der Beteiligung an (politischen oder institutionellen) Entscheidungen im engeren Sinne zu tun hat. So zielführend dies im Ansinnen ist, trennscharf unterscheiden zu können, so unzulänglich kann die Abgrenzung für die Praxis einer sich als emanzipatorisch (Giesecke 1969, vgl. u.a. Schwerthelm; Sturzenhecker 2016, S. 9 ff.) verstehenden Jugendarbeit sein.²

3 Umkämpfte Räume für die Selbstorganisation junger Menschen | Ermöglichungsräume für Selbstorganisation bieten in erster Linie die Jugendverbände, aber auch Jugendhäuser und

² Ein wichtiger, aber an dieser Stelle nicht weiter auszuführender Punkt ist die Frage, welche Formen und Inhalte von Selbstorganisation als demokratische Praxis bezeichnet werden können und wo man sie von Praktiken, die den demokratischen Raum verlassen, abgrenzen muss, beispielsweise in rechten Jugendorganisationen (zu einem Ansatz demokratisch verfasster Selbstorganisation siehe Schwerthelm; Sturzenhecker 2021).

-projekte, wie etwa das „Dorf der Jugend“ in Grimma, welches mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2019 ausgezeichnet wurde (Ayyadi 2019, Burdukat 2021).

Im Kontext professionalisierter Jugendarbeit braucht die Förderung von Selbstorganisation fachliche Reflexion, praktische Unterstützung und politische Rückendeckung. Die realen räumlichen, personellen und finanziellen Ressourcen, aber auch die ideelle und politische Unterstützung für die Selbstorganisation, Entfaltung und die konfliktreiche Auseinandersetzung um gesellschaftliche Anerkennung und Ressourcenzugänge junger Menschen sind jedoch limitiert. Räume der Selbstorganisation (nicht nur) in der Jugendarbeit sind verschiedentlich umkämpft beziehungsweise sehen sich Limitierungen ausgesetzt. Diese sollen im Folgenden, auch in Hinblick auf die Beiträge dieses Doppelheftes, kurz skizziert werden.

3-1 Shrinking Spaces für zivilgesellschaftliche Selbstorganisation | Unter der Überschrift Shrinking Spaces for Civil Society (vgl. u.a. Kocyba; Lewicki 2020) werden weltweit Phänomene von Eingriffen in die zivilgesellschaftliche Handlungsfreiheit beschrieben und diskutiert. Es geht „um die in autoritären und illiberalen Regimen übliche Praxis, solche zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu bekämpfen, die man als feindlich einstuft“ (ebd., S. 561), wie etwa die Eingriffe in Polen gegen Organisationen, die sich für die Förderung von LGBTQI* einsetzen (ebd.). Doch auch in etablierten Demokratien wie in Deutschland kann beobachtet werden, wie progressives Engagement behindert wird (ebd., Hummel 2021). Jugendverbände, Jugendringe, Jugendinitiativen und unterstützende Jugendeinrichtungen, die sich gegen Faschismus, Sexismus, Homophobie und für eine offene oder auch „andere“ Gesellschaft einsetzen, sehen sich vermehrt Angriffen von Rechts ausgesetzt (Schuhmacher et al. 2021). So kommt es „zu einer nachhaltigen Verengung der Handlungs- und Freiräume der betroffenen Jugendeinrichtungen [...], wo die Erzeugung einer Problemstimmung durch weitere politische und behördliche Akteur*innen mitgetragen wird“ (Schuhmacher 2021, S. 20). Im aktuellen Kinder- und Jugendbericht wird klar herausgestellt, dass etwa der Entzug der Gemeinnützigkeit bei „[a]lternativen Globalisierungsbewegungen oder antifaschistischen Organisationen [...] inhalt-

lich abwegig [ist] und [...] die Arbeit und Existenz dieser zivilgesellschaftlichen Akteure [bedroht]“ (BMFSFJ 2020, S. 73). Der Diskurs zu Shrinking Spaces kann diese aktuellen Debatten befruchten, denn es bietet sich die Möglichkeit, den fachpolitischen Diskurs, etwa im Kontext eines politischen „Neutralitätsgebotes“ (vgl. u.a. Cremer 2019, Sämann 2021), mit einer gesellschaftsübergreifenden, globalen Entwicklung zu verbinden und zu einem zivilgesellschaftlichen Thema zu machen.

3-2 Fehlende Freiräume in der Stadt | Freiräume im Sinne konkreter Orte, an denen sich städtische Gegenkulturen entwickeln können, wie etwa in selbstverwalteten Jugendzentren oder auch besetzten Häusern (Holm 2009, o.S.), sind insbesondere in Städten, in denen Viertel saniert, erneuert und aufgewertet werden, bedroht beziehungsweise verschwunden. Zahlreiche Proteste in vielen deutschen Städten bezeugen die Kämpfe, die sich häufig auf das „Recht auf Stadt“ (Lefebvre 2016) berufen.³ Städtische Verdrängungsprozesse sowie fehlende räumliche Ressourcen für Selbstorganisation sind Folge der Stadtentwicklungspolitik einer „unternehmerischen Stadt“ (vgl. u.a. Oehler et al. 2016), die es insbesondere für eben jene Kultur- und Jugendprojekte schwer macht, „die gar nicht vorhaben, sich im Laufe der Jahre zu unternehmerisch erfolgreichen Veranstaltungseinrichtungen zu entwickeln oder Impulse für eine neue Dienstleistungsökonomie zu geben“ (Holm 2009, o.S.).

3-3 Hürden durch Bürokratisierung | Selbstorganisierte Jugendinitiativen haben es noch immer schwer, ihre Belange gegenüber stadtpolitischen Instanzen oder Verwaltungsakteur:innen vorzubringen und Zugang zu Ressourcen zu erhalten. So kann es zum Beispiel trotz öffentlich nutzbarer Veranstaltungsflächen in der Stadt schlicht zu hochschwellig sein, sich diese für ein selbstorganisiertes Konzert zu sichern. Neben hohen Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur ist der bürokratische Aufwand (Genehmigungen, Versicherungsfragen, Abrechnung) eine Hürde. Selbst kommunale Gelder für Mikroförderungen im Jugendkulturbereich sind aufgrund der Verwaltungsvorgaben unter Umständen zu kompliziert, als dass sie von Jugendlichen tatsächlich selbst

³ Siehe exemplarisch: Potse in Berlin (Kluge 2021), Projekt 31 in Nürnberg (Curt Magazin 2020) oder die Freiräume-Demos für Jugendkultur in Potsdam (Kramer 2009)

beantragt und abgerechnet werden können. Jugendverbände und Einrichtungen der OKJA bauen hier wertvolle Brücken. Des Weiteren geraten Jugendgruppen, die ihre Anliegen in politische Gremien einbringen wollen, zum Beispiel in den Jugendhilfeausschuss oder den Gemeinderat, an ihre Grenzen, weil die Gremien trotz Versuchen, jugendfreundlicher zu werden (vgl. u.a. *Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“* 2015), häufig noch immer zu hohe Anforderungen an junge Menschen stellen. Je weiter sich die Politikebene vom Lokalen entfernt, desto schwieriger wird es, überhaupt Zugang zu Partizipationsmöglichkeiten zu erhalten. So beschreiben *Riedle* und *Pelzer* in ihrem Beitrag, dass in den von ihnen untersuchten jugendpolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene kaum Beteiligungsmöglichkeiten über Meinungsabfragen hinaus gegeben waren.

3-4 Erschwerte Anerkennung zwischen Diversität und Dominanz | Vereine von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte (VJM)⁴ verstehen sich als Teil der postmigrantischen Gesellschaft (*Jagusch* 2020, S. 40). Häufig steht für die selbstorganisierten Initiativen und Vereine das Empowerment im Fokus, sie leisten Widerstand gegen Diskriminierung und drängen auf die Sichtbarkeit und Anerkennung ihrer Perspektiven (*ebd.*, S. 48 f.). Auch wenn die Notwendigkeit, Zusammenschlüsse von Menschen mit Migrationsgeschichte zu fördern, im Diskurs zu Diversität in der Jugendarbeit erkannt wird, scheint deren Vielfalt an Aktivitäten „im Fachdiskurs auf wissenschaftlicher, politischer und praxisbezogener Ebene bisher noch nicht angekommen“ (*ebd.*, S. 47) zu sein. So sind nur vereinzelt VJM Mitglieder in Jugendringen (*ebd.*, S. 18). Kritisch zu bewerten und zu diskutieren sind hierbei zum Beispiel die (noch) fehlende Passung zwischen den Partizipations- und Repräsentationspraktiken dieser Organisationen und der außerschulischen politischen Jugendbildung (*ebd.*, S. 50) (für eine Betrachtung der Mechanismen der Anerkennung von muslimischen Jugendorganisationen siehe den Beitrag von *Weiß* in diesem Heft).

3-5 Blockierung durch Professionalisierung | Im Folgenden geht es um den Einfluss der professionellen Akteur:innen der Jugendarbeit im Allgemeinen sowie der Partizipationspraxis im Spezi-

ellen auf die Stärkung von Selbstorganisation. Dass die Hauptamtlichen in der OKJA einen entscheidenden Einfluss haben, haben zuletzt *Schwerthelm* und *Sturzenhecker* (2021) im Hinblick auf marginalisierte Jugendliche betont. So werde die Förderung „nur gelingen, wenn sie die Adressat_innen nicht zu nächst zu Objekten macht“ (*ebd.*). Selbstorganisation stehe in der Gefahr, behindert zu werden, „denn es ist immer schon jemand da, der/die für die Organisation zuständig ist“ (*ebd.*, siehe auch den Beitrag von *Voigts* in diesem Heft). Gleichsam kann dies für veranstaltete Partizipationssettings, wie zum Beispiel Jugendkonferenzen oder -foren gelten. In diesen invited spaces von Partizipation können von Erwachsenen vorstrukturierte methodische Settings nicht intendierte Effekte der Blockierung hervorbringen, in dem etwa die Potentiale für Selbstorganisation von den begleitenden Erwachsenen „übersehen“ oder in professionelle Routinen eingepasst und damit von den jungen Menschen entfernt werden (*Pigorsch* 2021).

Selbstorganisation und deren professionelle Förderung sind in der Praxis an verschiedenen Orten ein selbstverständlicher Teil gelebten Alltags. Sie zu fördern bedeutet auch, deren limitierende Bedingungen zu reflektieren und sich zu ihnen zu positionieren.

4 Zu den Beiträgen des Doppelheftes |

Zunächst gibt *Gunda Voigts* einen Überblick zu Diskurs und Praxis von Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit. Gelungene Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglicht nicht nur Entwicklungsräume für junge Menschen, sondern ist auch gesellschaftlich von Bedeutung. Sie zeigt unter anderem die Bandbreite der Organisationsformen von Partizipation – von der Selbstorganisation in der Jugendverbandsarbeit bis zum demokratischen Miteinander in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Schließlich werden Spannungsfelder aufgefächert, in denen sich die Partizipationspraxis bewegt.

Jugendarbeit wird mit dem Begriff der Offenheit beschrieben. *Jennifer Hübner* zeichnet den Diskurs zu Jugend und Jugendarbeit in Deutschland seit seinen Anfängen nach. Mittels einer machtanalytischen Sensibilisierung stellt sie der Offenheit die Geschlossenheit gegenüber, die für Jugendarbeit ebenso prägend sei. Dies gelte es kritisch zu reflektieren, um Räume zu bilden, die Anerkennung ermöglichen.

⁴ siehe dazu das postmigrantische Netzwerk „neue deutsche organisationen“ (<https://neuedeutsche.org/de/>)

Darauffin werfen *Daniel Katzenmaier* und *Norman Böttcher* einen historischen Blick auf die Jugendzentrumsbewegung, um so den Diskurs zu Selbstorganisation und Selbstverwaltung in der Jugendarbeit zu reaktualisieren. Die Begriffe seien im Laufe der Zeit im Partizipationsdiskurs untergegangen. In der Praxis jedoch, wie sie anhand des Jugendzentrums Mannheim zeigen, seien Selbstorganisation und die mit ihr einhergehenden Utopien nicht verschwunden.

Jugendverbände spielen als „Werkstätten der Demokratie“ eine herausragende Rolle bei der Förderung von Partizipation und politischer Bildung junger Menschen. *Ludwig Weigel* stellt die unterschiedlichen Formen der Interessenvertretung in der Jugendarbeit vor. Gleichsam erweitert der Beitrag den Blick für die aktuellen Herausforderungen, denn Jugendverbände sehen sich verstärkt rechtspopulistischen Angriffen ausgesetzt.

Die mangelnde formale und gesellschaftspolitische Anerkennung muslimischer Jugendorganisationen in der Jugendverbandslandschaft thematisiert der religionswissenschaftliche Beitrag von *Sabrina Weiß*. Auf empirischer Basis zeigt sie unter anderem, mit welchen finanziellen und impliziten Beschränkungen muslimische Jugendverbände sich auseinandersetzen und problematisiert diese bedingte Anerkennung.

Über eine für Prozesse der Aneignung und politischen Bildung förderliche Praxisform in der offenen Arbeit berichten *Ulrich Deinet* und *Lisa Scholten* in ihrem Beitrag über Kinderstädte als Orte der Partizipation. Sie geben Einblicke in ihr Praxisforschungsprojekt zu Kinderstädten in Nordrhein-Westfalen, das mitten in die Corona-Zeit fiel und entsprechend auch davon beeinflusst ist, wie die Praxis unter Pandemiebedingungen vollzogen werden konnte.

Die Notwendigkeit zur Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen ist auch auf europäischer Ebene erkannt. Wie die Teilhabe an der Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2010-2018 wahrgenommen und verstanden wurde, beschreiben *Stephanie Riedle* und *Marit Pelzer*. Es zeigt sich, dass junge Menschen in erster Linie über Meinungsabfragen beteiligt wurden. Der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit wirft Licht auf die zukünftigen Herausforderungen politischer Teilhabe.

Jugendliche auf dem Land werden zunehmend als Zielgruppe von Regionalentwicklungsprozessen erkannt. Über die Erfahrungen mit diesen Formen veranstalteter Partizipation berichten *Jan Schametat*, *Alexandra Engel* und *Sascha Schenk*. Auf der Grundlage von Interviews mit beteiligten Jugendlichen, Sozialarbeitenden und Verwaltungsfachkräften arbeiten sie die teils sehr unterschiedlichen Perspektiven auf Partizipation heraus und empfehlen, die diesbezügliche Klärung als festen Bestandteil der Prozessarbeit zu verankern.

Schließlich beleuchten *Monika Alisch*, *Jan Funke* und *Stefan Weidmann* die mit einer partizipativen Jugendhilfeplanung einhergehenden Erfahrungen. Kinder und Jugendliche erarbeiteten dazu ihre konkreten Perspektiven für die kommunale Jugendhilfeplanung. Die Autor:innen empfehlen, Planungsprozesse so zu gestalten, dass sie nicht nur punktuell beteiligen, sondern sich hin zu einer auf Dauer gestellten demokratischen Praxis der Sozialraumentwicklung qualifizieren.

Stephanie Pigorsch, M.A. Soziale Arbeit, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) und promoviert zu Fragen der Partizipation in der Sozialen Arbeit. Sie war viele Jahre in der Jugendverbandsarbeit und politischen Jugendbildung tätig und leitete den Stadtjugendring Potsdam e.V.
E-Mail: pigorsch@dzi.de

Literatur

- Ayyadi**, Kira: Von der Spitzenfabrik zur gelebten Utopie. In: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/von-der-spitzenfabrik-zur-gelebten-utopie-53205/> (veröffentlicht 2019, abgerufen am 30.8.2021)
- Barnes**, Samuel; Kaase, Max: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. London 1979
- Betz**, Tanja; Gaiser, Wolfgang; Pluto, Liane: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven. In: http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_bet_gaiser_pluto_101015.pdf (veröffentlicht 2010, abgerufen am 1.9.2021)
- BMFSFJ** – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. In: <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/162232/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksachedata.pdf> (veröffentlicht 2020, abgerufen am 1.9.2021)
- Burdukat**, Tobias: Die Hintertür gegen Rechtsextremismus. In: Offene Jugendarbeit 1/2021, S. 40-47

Cremer, Hendrik: Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? In: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf (veröffentlicht 2019, zuletzt abgerufen am 31.8.2021)

Curt Magazin: Projekt 31 Demo: Freiräume erhalten. In: <https://www.curt.de/nbg/inhalt/artikel/14212/124/> (veröffentlicht 2020, abgerufen am 31.8.2021)

Gille, Martina: Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. In: <https://www.dji.de/themen/jugend/jugend-und-politik.html> (veröffentlicht o.J., abgerufen am 1.9.2021)

Giesecke, Hermann: Emanzipation – ein neues pädagogisches Schlagwort? In: deutsche jugend 12/1969, S. 539-544

Hart, Roger: Children's Participation. From Tokenism To Citizenship. In: UNICEF (Hrsg.): Innocenti Essays. Nr. 5. Florenz 1992, S. 8 (https://www.unicef-irc.org/publications/pdf/childrens_participation.pdf, abgerufen am 31.8.2021)

Holm, Andrej: Freiräume und Stadtentwicklung. In: <https://gentrificationblog.wordpress.com/2009/06/22/freiraume-und-stadtentwicklung/> (veröffentlicht 2009, abgerufen am 31.8.2021)

Hummel, Siri: Shrinking Spaces? Der Kampf um den zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. In: In: Pigorsch, Stephanie; Schultheiss, Julia; Herzberg, Carsten; Kärsten, Kay-Uwe (Hrsg.): Shrinking Spaces. Schrumpfende Räume für die Zivilgesellschaft. In: <http://sjr-potsdam.de/themen/shrinkingspaces> (veröffentlicht 10/2021), S. 8-12

Jagusch, Birgit: Politische Jugendbildung in Vereinen und durch Vereine von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte (VJM). Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut. In: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Jagusch_Exp16KJB_16042021.pdf (veröffentlicht 2020, abgerufen am 1.9.2021)

Kaase, Max: Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1996, S. 521-527

Kluge, Christoph: Nach abgesagter Räumung. Hunderte demonstrieren für Jugendzentrum Potse in Berlin. In: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-abgesagter-raeumung-hunderte-demonstrieren-fuer-jugendzentrum-potse-in-berlin/27203390.html> (veröffentlicht 2021, abgerufen am 31.8.2021)

Kocyba, Piotr; Lewicki, Aleksandra: Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft. Aktivismus unter illiberalen Vorzeichen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3/2020, S. 561-570

Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“: Eigenständige Jugendpolitik. Dialogprozess, Leitlinien, Herausforderungen. In: https://www.jugendgerecht.de/downloads/Ergebnispublikation_EiJP_Webversion.pdf (veröffentlicht 2015, abgerufen am 1.9.2021)

Kramer, Henri: Potsdam. Erneute Demo für mehr Jugendkultur. In: <https://www.pnn.de/potsdam/erneute-demo-fuer-mehr-jugendkultur/22264522.html> (veröffentlicht 2009, abgerufen am 31.8.2021)

Lefèbvre, Henri: Das Recht auf Stadt. Hamburg 2016

Oehler, Patrick; Thomas, Nicola; Drilling, Matthias (Hrsg.): Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke. Wiesbaden 2016

Pigorsch, Stephanie: Widersprüche der Sozialen Arbeit an der Partizipation. Zu Praktiken der Blockierung in gemeinwesenorientierten Partizipationssettings. In: Soziale Passagen 1/2021

Sämann, Jana: Neutralitätspostulate als Delegitimationsstrategie. Eine Analyse von Einflussnahmeversuchen auf die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit. Frankfurt am Main 2021

Schröder, Richard: Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung. Weinheim und Basel 1995

Schuhmacher, Nils: Flankeneffekte. Demokratische Jugendarbeit zwischen politischen Interventionen und Extremismusprävention. In: Pigorsch, Stephanie; Schultheiss, Julia; Herzberg, Carsten; Kärsten, Kay-Uwe (Hrsg.): Shrinking Spaces. Schrumpfende Räume für die Zivilgesellschaft. In: <http://sjr-potsdam.de/themen/shrinkingspaces> (veröffentlicht 10/2021), S. 20-24

Schuhmacher, Nils; Schwerthelm, Moritz; Zimmermann, Gillian: Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Tübingen 2021

Schwerthelm, Moritz; Sturzenhecker, Benedikt: Die Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII. Erfahrungsraum für Subjekt- und Demokratiebildung. In: <https://www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/files/schwerthelm-sturzenhecker-2016-jugendarbeit-nach-p11.pdf> (veröffentlicht 2016, abgerufen am 31.8.2021).

Schwerthelm, Moritz; Sturzenhecker, Benedikt: In der Offenen Jugendarbeit geht noch was. Demokratische Selbstorganisation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. In: Sozial Extra 4/2021

Stange, Waldemar: Partizipation von Kindern. In: Aus Politik und Zeitschichte 38/2010, S. 16-24

Straßburger, Gaby; Rieger, Judith: Bedeutung und Formen der Partizipation. Das Modell der Partizipationspyramide. In: Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (Hrsg.): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim 2019, S. 12-41

van Deth, Jan W.: Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. Wiesbaden 2003, S. 167-188

van Deth, Jan W.: Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 141-161